Deutscher Bundestag **Drucksache 16/2672**

16. Wahlperiode 21. 09. 2006

Antrag

der Abgeordneten Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Ernst Burgbacher, Gisela Piltz, Dr. Max Stadler, Jens Ackermann, Christian Ahrendt, Daniel Bahr (Münster), Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Patrick Döring, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Otto Fricke, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Marina Schuster, Dr. Rainer Stinner, Florian Toncar, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

BOS-Digitalfunk neu ausschreiben – Neustart mit transparenter Auftragsvergabe unter Berücksichtigung des Wirtschaftlichkeitsgrundsatzes

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das gegenwärtige Funksystem der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) beruht auf der veralteten analogen Funktechnik, die nicht mehr weiterentwickelt wird und wichtige operativ-taktische Anforderungen an eine moderne BOS-Kommunikation nicht erfüllt. Die Realisierung des BOS-Digitalfunks ist daher dringend erforderlich und nimmt seit Jahren einen großen Raum in der politischen Debatte ein.

Der ursprünglich geplante Weg, über eine Dienstleistungsausschreibung das BOS-Digitalfunknetz (Planung, Lieferung, Aufbau und Betrieb) zu errichten, wurde von der Bundesregierung Ende Januar 2005 verlassen. Die Funksystemtechnik soll über eine Lieferleistungsausschreibung beschafft werden. Den Auftrag für die Systemtechnik hat das Bundesministerium des Innern an den europäischen Luft- und Raumfahrtkonzern EADS vergeben.

Der Betrieb wurde ohne Ausschreibung an die Bahn-Tochter DB Telematik vergeben. Begründet wurde dies mit den hohen Anforderungen an Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit der Kommunikation der Sicherheitsbehörden und das hohe Gefahrenpotential durch mögliche Angriffe auf die Netzinfrastruktur des BOS-Systems. Die DB Telematik verfüge über weitreichende Erfahrungen mit Planung, Aufbau und Betrieb des digitalen Bahnfunknetzes, das als Hochsicherheitsnetz ausgelegt ist (vgl. Bundestagsdrucksache 16/593).

Für den Betrieb des BOS-Digitalfunks hat die DB Telematik am 31. Juli 2006 ein Angebot in Höhe von 2,6 Mrd. Euro vorgelegt. Der im Haushalts- und Finanzplan für den Bund veranschlagte Kostenrahmen beträgt rund 1,1 Mrd. Euro. Das Angebot der DB Telematik ist angesichts der Höhe der genannten Richtpreise mit den im Bundeshaushalt bisher veranschlagten Haushaltsmitteln nicht in Einklang zu bringen. Die Kostenbelastung für die Länder würde ebenfalls erheblich steigen.

Nach Presseberichten hat das Bundesministerium des Innern der DB Telematik nach einem Krisengespräch eine Zwei-Wochen-Frist bis zum 27. September 2006 gesetzt, um darzulegen, wie sie die Anforderungen der Behörden an das Funksystem im vorgegebenen Kostenrahmen verwirklichen will.

Das bisherige Auftrags- und Vergabeverfahren der Bundesregierung für den BOS-Digitalfunk ist unverantwortlich und undurchsichtig. Die dringend erforderliche Einführung wurde unnötig und übermäßig verzögert und verteuert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Verhandlungen über den Betrieb des BOS-Digitalfunks mit der DB Telematik zu stoppen,
2. mit einem transparenten Auftragsvergabeverfahren den Betrieb des Digitalfunksystems neu auszuschreiben und schnellstmöglich zu realisieren und
3. die Errichtung der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben bis zum Abschluss des neuen Vergabeverfahrens auszusetzen.

Berlin, den 21. September 2006

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333